



## Antrag

der Fraktion der FDP

### **Spieleinsatzsteuer verhindern, Arbeitsplätze retten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass der Entwurf des Landes Niedersachsen über die Besteuerung des Spieleinsatzes (Spieleinsatzsteuergesetz – SpEStG), Bundesrats-Drucksache 584/02, dahingehend verändert wird, dass anstatt einer Steuer von 20% auf den Spieleinsatz eine Steuer von 8% auf den Kasseneinhalt erhoben wird.

#### **Begründung:**

Aufgrund höchstrichterlicher Entscheidungen darf auf den Kasseneinhalt keine Mehrwertsteuer mehr erhoben werden. Der Vorschlag Niedersachsens würde die Steuerlast im Durchschnitt um 560% erhöhen und viele mittelständische Unternehmen in den Konkurs und ihre Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit treiben. Denn eine Besteuerung des Spieleinsatzes ist wirklichkeitsfremd, da die Unternehmen im Durchschnitt nur über 35% des Spieleinsatzes—den Kasseneinhalt—für betriebliche Zwecke verfügen können. Denn es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass die anderen 65% des Spieleinsatzes umgehend als Gewinne an die Spielerinnen und Spieler auszuzahlen sind.

Eine Steuer von 8% auf den Kasseneinhalt entspräche der derzeitigen tatsächlichen Mehrwertsteuerbelastung der Unternehmen. Ferner würden hierdurch Geldspielgeräte innerhalb und außerhalb von Spielbanken gleich behandelt.

Wolfgang Kubicki  
und Fraktion